

ARBEITSMARKTPOLITIK

AKTIV

2 INTERVIEW: Historikerin Sigrid Wadauer

5 RÜCKBLICK: 100 Jahre Arbeitslosenversicherung

8 CORONA-KRISE: Mitglieder-Aktivitäten

10 JUBILÄUM: 40 Jahre Verein Dialog

11 WAFF: Neues Wiener Corona-Ausbildungspaket

1920



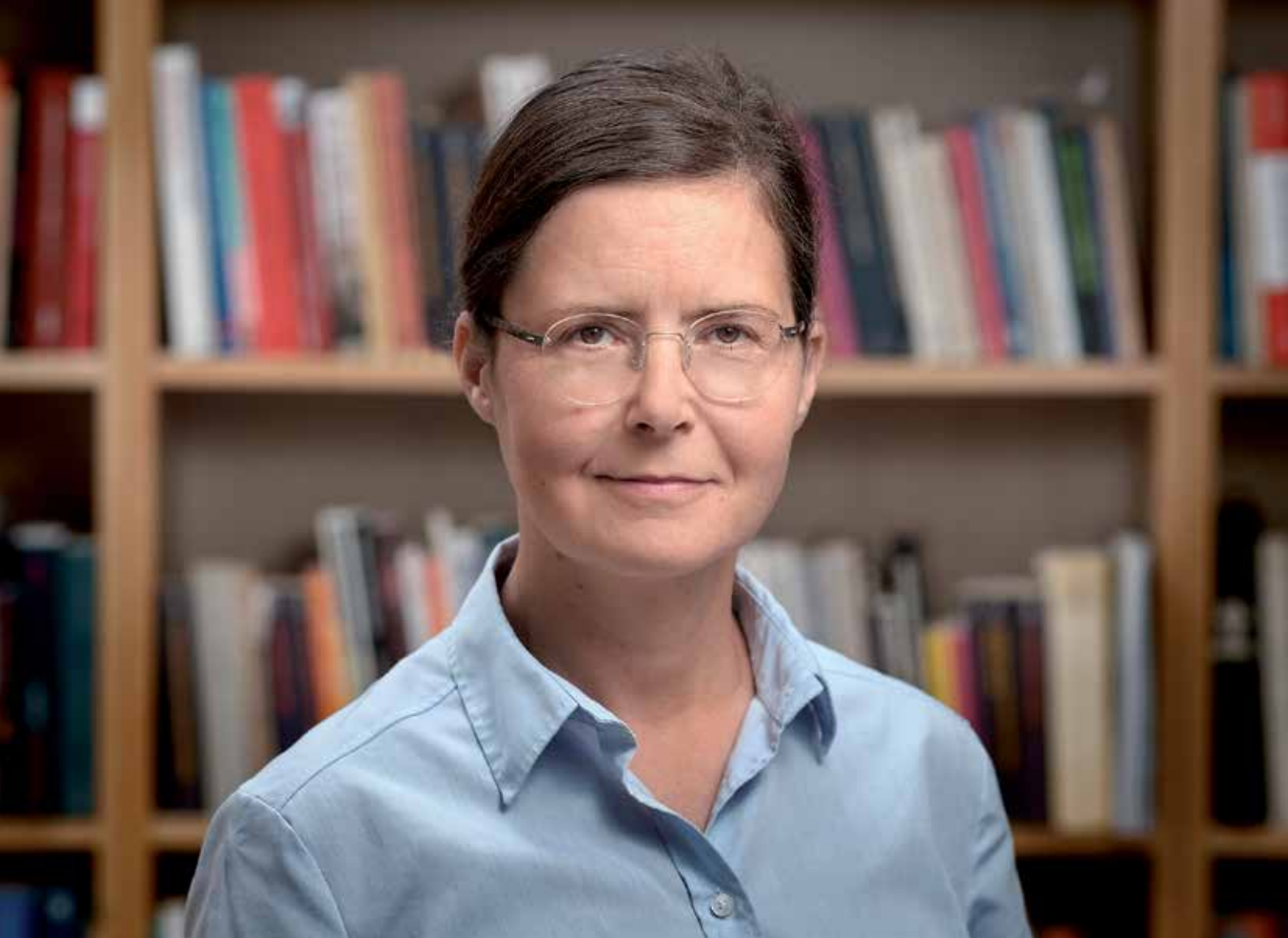
2020



Versicherung statt Almosen

100 Jahre Arbeitslosenversicherung

Vereinszeitung
von
arbeit
DACHVERBAND
SOZIALE UNTERNEHMEN WIEN



INTERVIEW SIGRID WADAUER

„Mangel und Armut waren weit verbreitet“

Im **AKTIV-Interview** beantwortet Sigrid Wadauer vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien Fragen zur Einführung der Arbeitslosenversicherung und deren Auswirkungen in der Ersten Republik.

AKTIV: *War die Einführung der österreichischen Arbeitslosenversicherung 1920 im Vergleich zu anderen europäischen Ländern früh oder war Österreich ein Nachzügler, und war sie eher fortschrittlich oder konservativ?*

Sigrid Wadauer: Österreich war eines der ersten europäischen Länder, das Arbeitslosenversicherung in dieser

Form einführte. Andere Länder mit ähnlichen Modellen waren etwa England und Irland (die ersten Länder, in denen ein Versicherungssystem realisiert wurde), Italien, Luxemburg.

Die Arbeitslosenversicherung in Österreich schloss zunächst viele Lohnabhängige gar nicht ein, etwa Arbeiter*innen in vorwiegend ländlichen Bezir-

ken, Landarbeiter*innen, Dienstbot*innen bzw. Hausangestellte etc. Darüber hinaus war Arbeitslosenversicherung und -unterstützung ja mit formeller, marktvermittelter Arbeit und Lohnarbeit verknüpft, die viele in dieser Zeit nicht oder nicht mehr ausüben konnten oder wollten, wie etwa Kriegsinvalide oder ältere Arbeitnehmer*innen, die keine

Anstellung mehr fanden. Viele versuchten auch, sich selbstständig zu machen, es gab einen sehr hohen Anteil an Kleinstselbständigen mit oft recht geringen Einkünften. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung staatlich zu organisieren war zu Beginn des 20. Jahrhunderts gar nicht unumstritten. Die Arbeiterbewegung fürchtete, Einfluss auf den Arbeitsmarkt, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verlieren. Manche fürchteten auch, dass niemand ohne materiellen Zwang arbeiten würde. Die Arbeitsmarktverwaltung wurde in Österreich paritätisch organisiert, schloss also Vertreterinnen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein. Es gab aber auch andere Modelle, Arbeitslosenunterstützung zu organisieren, etwa gewerkschaftlich organisierte aber staatlich subventionierte Formen der Arbeits-

vermittlung und Unterstützung.

AKTIV: Was waren die unmittelbaren Auswirkungen für die Arbeitslosen?

SW: Staatliche Arbeitslosenunterstützung bedeutete zunächst, dass der Status einer Person als unfreiwillig und marktbedingt arbeitslos und arbeitsuchend offiziell anerkannt wurde, das war ja noch Ende des 19. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit. Arbeitslosenunterstützung stellte eine gewisse Existenzsicherung dar, einen zumindest temporären Berufsschutz und bot auch eine Möglichkeit an einem Ort zu bleiben. Andere, ältere Formen der Unterstützung gingen oft mit freiwilliger oder auch unfreiwilliger Mobilität einher. Anspruch auf Armenunterstützung hatte man in Österreich etwa nur in der zuständigen Heimatgemeinde, die oft nicht identisch mit der Aufenthaltsgemeinde, dem Wohnort war. Im Fall der Verarmung konnte man selbst in den 1920er und 30er Jahren noch in die Zuständigkeitsgemeinde abgeschoben werden. Einen Anspruch auf das Heimatrecht erwarb man erst durch einen zehnjährigen freiwilligen Aufenthalt, ohne der Armenhilfe anheim zu fallen. Auch das System der Naturalverpflegestationen bzw. der Herbergen war mit dem Zwang verbunden, von Ort zu Ort herumzuwandern und Arbeit zu suchen. Neue Formen der Absicherung ermöglichten also auch mehr Sesshaftigkeit.

AKTIV: Wie existenzsichernd war das Geld, das Betroffenen durch die Arbeitslosenversicherung zustand? Kam man damit über die Runden oder war es auf gut Wienerisch „zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“?

SW: Die Höhe der Arbeitslosenversicherung war auch in der Zwischenkriegszeit vom vorangegangenen Verdienst und von Sorgepflichten ab-

hängig. Mangel und Armut waren aber weit verbreitet, das ist in der bekannten Marienthalstudie anschaulich geschildert.

AKTIV: Heute können Personen, die kein oder nur sehr geringes Arbeitslosengeld erhalten, um Mindestsicherung/Sozialhilfe ansuchen. Was wurde in der Ersten Republik aus denen, die keinen Anspruch (mehr) auf Arbeitslosengeld hatten? Was waren die untersten sozialen Netze und wie „auffangsicher“ waren sie?

„Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung staatlich zu organisieren war zu Beginn des 20. Jahrhunderts gar nicht unumstritten.“

SW: Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung wurde sehr oft reformiert, er war zeitlich stets begrenzt. In den 30er Jahren war der Anteil der offiziell als arbeitslos Registrierten, die keine Arbeitslosenunterstützung bezogen, recht hoch, 1933 und 1934 lag er bei 40 bis 50 Prozent.

Man konnte nach dem Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld noch Notstandsunterstützung beziehen, es gab auch Armenunterstützung durch die Gemeinde und verschiedenste Formen privater Wohltätigkeit. In den 1920er und 30er Jahren wurde häufig gefordert, Hilfeleistungen an Arme nur in Form von Naturalien – in Form von Lebensmitteln, Ausspeisungen oder Milch für die Kinder – zu leisten, da man meinte, Arbeitslose würden die Mittel unvernünftig einsetzen. Darüber hinaus gab es noch andere Formen der Unterstützung.



arbeit plus Wien/Andy Urban

EDITORIAL

Die Einführung der Arbeitslosenversicherung 1920 war zweifellos ein sozialpolitischer Meilenstein, deren Grundprinzipien gelten heute noch. 2020 werden jedoch angesichts der herrschenden Krise Schwachstellen deutlicher denn je sichtbar, die die Notwendigkeit einer Reform der Arbeitslosen- und der Sozialversicherung offenbaren.

Die neue EU-SILC-Studie zeigt, dass knapp 17 Prozent oder rund 1,5 Millionen der in Österreich lebenden Menschen aktuell armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind. Damit liegt Österreich im Vergleich gut und klar unter dem EU-Durchschnitt von 21,8 Prozent. Neben den geradezu „traditionellen“ Gruppen – Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern, AusländerInnen, Haushalte mit niedriger oder keiner Erwerbstätigkeit sowie Über-65-Jährige – sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre mit 19 Prozent und somit über 300.000 Betroffenen überproportional armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Folge der Covid-19-Pandemie ist nun eine soziale Krise zu befürchten, die neben den Genannten besonders jene trifft, die am Rand oder außerhalb des Sozialversicherungssystems stehen. Die Ankündigung sozialpolitischer Maßnahmen zur „Stärkung des sozialen Netzes“ durch Minister Anschöber ist daher sehr zu begrüßen. Ob damit eine neue Mindestsicherung oder ein höheres Arbeitslosengeld gemeint war, blieb leider offen. Wesentlich wird jedenfalls sein, ob es gelingt, jene Erwerbstätigen, die als prekäre DienstleisterInnen, als KünstlerInnen, als Ein-Personen-Unternehmen usw. tätig sind, im Rahmen modifizierter Strukturen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung in ein existenzsicherndes soziales Netz einzubeziehen. Dazu braucht es einen großen Wurf, der die soziale Absicherung für Erwerbstätige in die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts befördert.

Ihr/Euer Christoph Parak



Wiener Bilder



Der durchschnittliche Tagesverdienst der Lohn- und Gehaltsempfänger in den Ländern Europas.

Bild links: Europäischer Einkommensvergleich aus dem Jahr 1922 (in Kronen)
Bild rechts: Arbeitslosigkeit schaffte es in der Ersten Republik immer wieder auf die Titelseite



verbieten und konnten mit Haft oder auch Zwangsarbeit geahndet werden. In manchen Bundesländern gab es gleichzeitig aber nach dem Armenrecht noch immer die Möglichkeit, jemandem an bestimmten Tagen das Betteln im Gemeindegebiet zu erlauben, auch das war eine Form der öffentlichen Unterstützung.

AKTIV: Im Gesetz zur Arbeitslosenversicherung von 1920 ist die Vermittlung offener Stellen durch das Arbeitsamt vorgesehen. Wie lief die Arbeitsvermittlung generell ab, wie sehr waren die Arbeitsuchenden auf sich selbst angewiesen, um vor Ablauf der 12 Wochen Bezugsdauer wieder eine Arbeitsstelle zu finden?

SW: In vielen Fotos und Erinnerungen dieser Zeit werden die vor den Arbeitsämtern angestellten Wartenden dargestellt, etwas, das auch das Bewusstsein schuf, einer „arbeitslosen Masse“ anzugehören, also nicht nur in einer persönlichen Krisensituation zu sein. Arbeitsämter wurden oft als „Stempelstellen“ kritisiert, das heißt der Erfolg bei der Arbeitsvermittlung in Zweifel gezogen. Generell waren die Möglichkeiten über das Arbeitsamt nicht nur Unterstützung zu beziehen, sondern auch Arbeit zu finden nach Alter, Geschlecht, Beruf und auch regional unterschiedlich. Auch die Formen der Vermittlung unterschieden sich. Es gab Einzelberatung und man versuchte, moderne Maßnahmen zu etablieren, um für jeden/jede nach seinen/ihren Fähigkeiten und Neigungen eine Anstellung oder Ausbildung zu vermitteln. Daneben bestanden

Kontakten beruhen, waren für die Arbeitssuche aber immer von Bedeutung. Irina Vana hat in ihrer Dissertation untersucht, wie diese Möglichkeiten genutzt wurden.

AKTIV: Auch „Umlernung“ in gefragtere Berufe war von Anfang an vorgesehen – wie liefen Umschulungen ab? Gab es eigene Schulungsinstitute oder wurden Betroffene in reguläre Betriebe geschickt? Wurden auch Weiterbildungen angeboten, um die Chancen der Arbeitsuchenden zu verbessern?

SW: Arbeitsvermittlung bezog sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit zunächst stark auf die, die vom Krieg heimkehrten und auch auf Kriegsinvalide. In den 20er und 30er Jahren zielten Maßnahmen zur Berufsschulung und Weiterbildung vor allem auf Jugendliche ab. Lehrlinge waren aber auch billige Arbeitskräfte, sie wurden häufig nach Abschluss ihrer Ausbildung entlassen. Es gab Maßnahmen zur Berufsberatung, Lehrlingsfürsorge, Fortbildungsmaßnahmen, Lehrwerkstätten, Umschulung und Programme, um erworbene Kenntnisse im Fall von Arbeitslosigkeit zu erhalten, z.B. Jugend in Not, Jugend in Arbeit. Solche sozialpolitischen Angebote waren allerdings eher auf städtische Zentren konzentriert. Darüber hinaus wurde – z.B. seitens der Arbeiterkammer – auch die Berufsbildung von Frauen thematisiert, ihnen standen in dieser Zeit nur wenige Lehrberufe offen, ihre Qualifikationen wurden oft nicht formell anerkannt.

AKTIV: Vielen Dank für das Interview!



ZUR PERSON:

Sigrid Wadauer forscht als habilitierte Historikerin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien u.a. zu Arbeit- und Lebensunterhalt sowie Sozialpolitik im frühen 20. Jahrhundert.

100 Jahre Arbeitslosenversicherung in Österreich – vom Almosen zum Leistungsanspruch

Die tiefen Umbrüche am Ende des Ersten Weltkriegs ermöglichten es, erstmals ein soziales Netz bei Verlust des Arbeitsplatzes und damit gegen die Auswirkungen von Arbeitsmarktversagen zu spannen. Damals wie heute ist die Gewichtung der grundlegenden Prinzipien der Arbeitslosenversicherung regelmäßig Gegenstand politischer Auseinandersetzung.



Bildarchiv Austria

Das Jubiläum ist im Corona-Lockdown untergegangen. Die wenigen Veranstaltungen, die geplant waren, mussten abgesagt werden. In den Medien wurde es von Berichten zu 75 Jahre Kriegsende überdeckt. Dabei trat am 9. Mai 1920 ein Gesetz in Kraft, das in den folgenden hundert Jahren einer der Grundpfeiler des Sozialstaats sein würde und dessen Treffsicherheit seit seiner Einführung in allen seinen Variationen zur Diskussion steht:

Am 24. März 1920 beschloss der Nationalrat der Republik Deutschösterreich die erste umfassende Arbeitslosenversicherung, welche zu je einem Drittel von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden sollte – davor waren Arbeitslose auf die unzureichende Armenversorgung ihrer Heimatgemeinde angewiesen und mussten ohne Geld in selbige Heimatgemeinde zurückreisen, immer mit der Gefahr im Nacken, als

Landstreicher verhaftet und eingesperrt zu werden. Zwar gab es bereits Formen einer Arbeitslosenversicherung durch Zünfte bzw. Gewerkschaften, diese stand jedoch nur den eigenen Mitgliedern zur Verfügung und war darüber hinaus von den finanziellen Mitteln der jeweiligen Zunft oder Gewerkschaft abhängig – in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit also entsprechend geringer oder gar nicht verfügbar.

Die Mangeljahre der Zwischenkriegszeit: HolzsammlerInnen im Wienerwald 1919

Breit wurden in den folgenden Wochen die neuen Rahmenbedingungen abgedruckt – vom Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ bis zur „Neuen Kino-Rundschau“ informierten alle darüber, wer nun welche Beträge einzuzahlen habe und unter welchen Bedingungen die Auszahlung erfolgt. Aber wie genau sah diese erste Arbeitslosenversicherung aus? Wie wurde damals und wird heute versucht, soziale Absicherung zu erreichen, immer versehen mit der – offensichtlich zeitlosen – Auflage, dass „mangelnde Arbeitslust, Faulheit und Liederlichkeit“ auf gar keinen Fall unterstützt werden dürfen?

NUR FÜR ÖSTERREICHER

Zunächst: In der ersten Version der Arbeitslosenversicherung war ein deutlich kleinerer Personenkreis bezugsberechtigt, als dies heute der Fall ist: Nur wer in den letzten 12 Monaten vor Geltendmachung der Ansprüche mindestens 20 Wochen in einem krank- oder pensionsversicherungs-pflichtigen Dienstverhältnis verbracht hatte, durfte Arbeitslosengeld beziehen. Und nur dann, wenn man gleichzeitig

auch österreichischer Staatsbürger, arbeitsfähig und unverschuldet arbeitslos war. Darüber hinaus durfte man keine anderen Bezüge wie z.B. Krankengeld erhalten. Auch eine eventuell vom vorherigen Beschäftigungsverhältnis stammende Abfindung musste aufgebraucht werden, bevor um Arbeitslosengeld angesucht werden konnte. Die Beschränkung auf österreichische Staatsbürger hielt übrigens genau ein Jahr – schon 1921 waren auch die zahlreichen Staatsbürger anderer Nationen, die im Bundesgebiet lebten, arbeiteten und Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlten, bezugsberechtigt. Österreich war eben schon vor 100 Jahren ein Staat, in dem Menschen mit den unterschiedlichsten Geburtsorten und Reisepässen ihr Zuhause fanden und zu einem systemrelevanten Teil des Landes wurden – damals wie heute übrigens ganz besonders in jenen Berufssparten, ohne die das Land schnell zusammenbrechen würde: am Bau, bei der Ernte, im Handel, in der privaten Pflege und Haushaltshilfe usw.



Ernst Haas

12 WOCHEN - UND AUCH DIE NICHT IMMER

Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes hat sich in den letzten 100 Jahren wohl am

deutlichsten geändert: 1920 erhielten Arbeitslose vom achten Tag an für höchstens 12 Wochen Arbeitslosengeld in der Höhe von 60% des letzten Lohns (80% für Verheiratete bzw. Personen mit Versorgungspflichten). Wer danach noch immer keinen Job gefunden hatte, war wie vor 1920 auf die Armenversorgung der Heimatgemeinde angewiesen. Die kurze Wartezeit von acht Tagen galt aber nur für unverschuldet Arbeitslose – wer selbst gekündigt hatte, musste wie auch heute vier Wochen warten, bevor es einen Anspruch auf Arbeitslosengeld gab. Schließlich sollte es ja so wenig Anreiz wie möglich geben, „leichtfertig“ ein Dienstverhältnis zu beenden, und wer arbeitslos war, musste sein Engagement, eine neue Stelle zu finden, regelmäßig beweisen: Zwei Besuche pro Woche beim neu gegründeten

ANFÄNGE DER ARBEITSVERMITTLUNG IN WIEN

Schon seit dem Mittelalter gab es „berufsmäßige Werber“, die Stellenvermittlung mit Gewinnabsicht betrieben, sowie stark branchenspezifische Vermittlungsstrukturen im Umfeld der Zünfte. Die erste behördliche Vermittlungsstelle Österreichs wurde am 1.11.1788 als „Wiener Dienstbotenamt“ im heutigen Alten Rathaus eröffnet. Im 19. Jahrhundert legten Gewerbege nossenschaften Listen zur Einsicht auf, in die sich einerseits Arbeitssuchende, andererseits Gewerbeinhaber mit offenen Stellen eintragen konnten. 1898 öffnete das Städtische Wiener Arbeitsamt seine Türen – Arbeitsvermittlung fand nur auf Gemeindeebene statt, erst die Kriegsbeschädigten-Arbeitsvermittlung ab 1915 und der Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie der Kriegsjahre änderte dies.

BENACHTEILIGTE ARBEITSKRÄFTE („KRIEGSINVALIDE“)

Das Invalidenbeschäftigungsgesetz von 1919 zielte auf die systematische Wiedereingliederung von Kriegsversehrten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 45% ins Berufsleben ab. „Alle [...] auf Gewinn berechneten Betriebe“ wurden verpflichtet, auf 20 ArbeitnehmerInnen mindestens einen „Kriegsbeschädigten“ mit „Einstellungsschein“ aufzunehmen. Bei Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Auflage war eine Ausgleichstaxe vorgesehen. Die Vermittlung der „Versehrtenstellen“ erfolgte durch die neu geschaffenen Arbeitslosenämter, Betriebe waren verpflichtet, in Frage kommende Stellen ebendort zu melden. Diese Quote galt allerdings in den Jahren der ersten Republik nur für Kriegsversehrte, alle sonstigen Invaliden waren davon ausgenommen. Dennoch: Die damals geschaffenen Grundsätze der beruflichen Rehabilitation Behinderter sind zum Teil heute noch im Invalideneinstellungsgesetz gültig.



Bildarchiv Austria

1 >>> Für viele Kriegsheimkehrer bedeutete die Invalidität zunächst bittere Armut und Abhängigkeit von Almosen.
2 >>> Menschen-schlange vor dem Arbeitslosenamt
3 >>> Jobs waren Mangelware – entsprechend verzweifelt gestaltete sich die Arbeits-suche.



BPK

Es gab die Möglichkeit, mit staatlicher Unterstützung in einem neuen Beruf Fuß zu fassen.

Menschen, deren bisherige berufliche Tätigkeit wenig Zukunft bietet, in gefragtere und besser zu ihnen passende Jobs zu bringen. Doch ein Grundstein war gelegt, es gab die Möglichkeit, mit staatlicher Unterstützung (bis zu 12 Wochen Arbeitslosengeld zusätzlich) in einem neuen Beruf Fuß zu fassen, auch wenn die Umschulungen meist keine Verbesserung, sondern nur eine Umqualifizierung bedeuteten. Und wer gewillt war, einen neuen Beruf zu erlernen, musste sich wenigstens nicht den Vorwurf gefallen lassen, es an Arbeitslust mangeln zu lassen oder gar arbeitsscheu zu sein und sich mit dem neuen Arbeitslosengeld auf die faule Haut legen zu wollen.

kostendeckender Höhe, auf das heutige unterste soziale Netz der Mindestsicherung/ Sozialhilfe angewiesen sind, wird immer noch unterstellt, es sich in der „sozialen Hängematte“ bequem machen zu wollen. Schon in der Zeit rund um seine Einführung wurde das nach heutigen Maßstäben ohnehin extrem kurz bemessene Arbeitslosengeld als „Arbeitslosenpension“ verunglimpft, und Kampagnen gegen Arbeitslose, die ja ohnehin nur Faulenzer und Sozial-schmarotzer seien, geführt. Es gibt freilich keine Zahlen dazu, wie viele von denen, die nach 1920 über die ach so faulen Arbeitslosen, die nun sogar noch Geld zum Überleben bekommen sollten, lästerten, sich nur wenige Jahre später im Zuge der Weltwirtschaftskrise selbst in derselben Situation befanden. Genauso wenig lässt sich erahnen, wie viele „Schmarotzer“-Rufer des frühen 21. Jahrhunderts durch die Corona-Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben oder noch verlieren werden, und dann jenes soziale Netz, das vor 100 Jahren das erste Mal gespannt wurde, als das ihnen selbstverständlich zustehende Mindeste für sich einfordern.

„Arbeitslosenamt“, wo jede angebotene Stelle angenommen werden musste, vorausgesetzt sie war den körperlichen Fähigkeiten angemessen und stellte keine Gefahr für Gesundheit und Sittsamkeit dar. Das Ablehnen einer vom Amt vorgeschlagenen Stelle, wenn keiner dieser drei Gründe vorlag, zog eine achtwöchige Sperre nach sich.

IN GEFRAGTERE BRANCHEN WECHSELN?

War es in den ersten acht Wochen der Arbeitslosigkeit nicht möglich, eine Stelle in der bisherigen Branche zu finden, gab es bereits seit Start der Arbeitslosenversicherung die Möglichkeit, für diese Personen eine „Umlernung“ vorzunehmen und die Zumutbarkeit weiter zu fassen: „Um das Umlernen zu erleichtern und den Arbeitern Kenntnisse und Fähigkeiten zur Erlangung einer

entsprechenden Beschäftigung zu verschaffen, kann eine Art fachlicher Schulung vorgegeben werden“, wie die „Reichspost“ am 12.2.1920 schrieb. Diese Schulungen wurden oft direkt in Betrieben abgehalten. Weitere Ansätze einer aktiven Arbeitsmarktpolitik folgten (siehe unten). Dennoch waren sie noch weit von dem entfernt, was in Österreich seit den 1980er Jahren im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik unternommen wird, um

„RADIKAL DEKORIERTE FAULENZEREI“* FÜR DIE, DIE „IN DER FRÜH NICHT AUFSTEHEN“

Das grundsätzliche Misstrauen gegenüber allen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, lässt sich auch 100 Jahre später noch beobachten: So behaupteten auch im Jahr 2019 führende Politiker, dass „immer weniger Menschen in Wien in der Früh aufstehen, um zu arbeiten“. All jenen, die, armutsgefährdet und ohne Rücklagen oder Anspruch auf Arbeitslosengeld in

PRODUKTIVE ARBEITSLOSENFÜRSORGE

1922 erhielten Gebietskörperschaften über die Arbeitslosenversicherung erstmals eine finanzielle Beihilfe bei Vergabe von volkswirtschaftlich nützlichen Arbeiten, wenn damit die Einstellung zusätzlicher, finanziell unterstützter Arbeitsloser gefördert wurde. Die Förderung galt auch für bereits „ausgesteuerte“ Arbeitslose. Die Zuweisung erfolgte durch die Arbeitslosenämter, bald wurde eine Einstellungshöchstquote von 15% der Gesamtzahl der im Betrieb Beschäftigten festgelegt. Diese „Produktive Arbeitslosenfürsorge“ wurde schnell zu einem Auffangbecken besonders für arbeitslose Baufacharbeiter, die z.B. beim Bau der Großglockner-Hochalpenstraße eingesetzt wurden, die einen besonderen Stellenwert in der Propaganda des Austrofaschismus erlangte. Zwischen 1930 und der Eröffnung 1935 betrug die Baukosten für die Hochalpenstraße 14% der gesamten österreichischen Straßenbauausgaben.

* Lothar Bachmann in der „Zeitschrift für Verwaltung“, 1. August 1920.

Kreativ durch die Krise

Der Corona-Lockdown traf die Sozialen Unternehmen in Wien wie ein Keulenschlag. Von einem (März-)Tag auf den anderen war nichts mehr wie vorher: amtlich angeordnete Betriebsschließungen, keine Aufnahmegespräche und Schulungen mehr, direkte persönliche Beratung so gut wie unmöglich. Die arbeit plus Wien-Mitglieder machten das Beste aus der Situation, bewiesen Kreativität, Einsatz, Durchhaltevermögen und Mut – hier ein paar Beispiele, wie arbeitsuchende WienerInnen trotz Social Distancing unterstützt wurden, systemrelevante Dienstleistungen trotz widrigster Umstände erbracht wurden und aus der Not neue Geschäftsideen geboren wurden.

VERSORGUNGSARBEIT

Wie alle Supermarktketten hatte auch Spar während des Lockdowns geöffnet: Bei INI-GO-Handel in den Filialen Davidgasse und Quellenstraße sorgten die TransitmitarbeiterInnen „an der Front“, in ständiger Ansteckungsgefahr, dafür, dass die Versorgung mit Lebensmitteln etc. aufrecht blieb. Während für viele WienerInnen das allgemeine Zuhausebleiben im Zeichen von gemeinsamem Kochen und Genießen stand, gab es eine große Gruppe, die in Angst und Sorge lebte, dass das jetzt noch knappere Geld nicht bis zum Monatsende reichen würde. Für alle, die auf vergünstigte Lebensmittel angewiesen sind, war der Soma-Sozialmarkt auch in der Krise Anlaufstelle – und die TransitmitarbeiterInnen arbeiteten auf Hochtouren.

PLÖTZLICH SYSTEMRELEVANT

Kaum zum Verschnaufen kamen auch die fleißigen RadlerInnen von Michl's bringt's, die als systemrelevante Kräfte in die Pedale traten: Sie belieferten in der Krise die KundInnen von 30 SPAR-Märkten und zwei Apotheken – direkt an die Türe, pünktlich und kontaktlos. So wurde auch das Einkaufen für Oma und Opa gleich viel einfacher und sicherer! Apropos ältere Generation: diese besonders schützenswerte Hochrisikogruppe konnte auch während des Lockdowns auf die Unterstützung des Besuchsdienstes von Visitas zählen. Viele, die als SystemhalterInnen auch in den Zeiten von Covid-19 an ihrem Arbeitsplatz unverzichtbar waren, stiegen



apW/Andy Urban

von den Öffis aufs eigene Auto oder ganz sportlich aufs Fahrrad um, um Ansteckungsrisiken zu vermeiden. Für den Fall, dass das Auto plötzlich schlapp machte bzw. das Fahrrad nach dem Winter noch nicht einsatzfähig war, standen die ReparaturspezialistInnen von DieWerkstatt bzw. DieRadstation mit Rat und Tat zur Seite.

VERSCHÄRFTE SITUATION FÜR BERUFS-EINSTEIGERINNEN

Wer (noch) keinen Job hat, tat sich durch die Einschränkungen naturgemäß besonders schwer: Gerade Jugendliche wussten in diesen unsicheren Zeiten oft nicht mehr weiter, vor allem, wenn auch Zuhause Stress und Sorge Oberhand gewannen. Viele haben auf-



apW/Andy Urban

Systemrelevant im Einsatz: in Supermärkten ...



apW/Andy Urban

... und Werkstätten.

grund beengter Wohnverhältnisse keine Rückzugsmöglichkeit und konnten durch die Ausgangsbeschränkungen auch nicht ausweichen. Beim Verein sprunghaft registrierte man deshalb bei vielen Teilnehmerinnen dringenden Gesprächsbedarf. E-Mail- und Telefonberatung sowie digitale Workshops wurden dankbar angenommen, doch nicht alle haben die technische Ausstattung dafür – eine Mitarbeiterin sammelte kurzerhand im Bekanntenkreis funktionsfähige Computer, ließ sie aufbereiten und stellte sie den jungen Frauen zur Verfügung. Auch bei ABO Jugend wurden die Jugendlichen nicht alleine gelassen und konnten gerade in der Krise in Arbeitsplätze und Lehrstellen in systemrelevanten Bereichen vermittelt werden.

Bei Chance2Work wiederum wurden Jugendliche kurzfristig zu Erntehelfern, um die Nahrungsversorgung sicherzustellen. Auch eine ganz besondere Erfolgsgeschichte erwuchs aus der Krise und dem dadurch noch größeren Pflegekräftemangel: Hasmina L., eine engagierte Teilnehmerin des Projekts, konnte bereits Anfang Mai als ausgebildete Pflegeassistentin in ein Dienstverhältnis im Kolpinghaus „Gemeinsam leben“ übernommen werden.

ENORM FLEXIBEL

Michl's Restaurant und Catering (Wien Work) mussten als Folge der staatlichen Auflagen vorübergehend geschlossen werden – die dort beschäftigten Transitarbeitskräfte hatten aber nach wie vor die Möglichkeit zum „Training on the job“: Sie unterstützten die MitarbeiterInnen in den Küchen der Fortuna-Pflegewohnhäuser. Auch bei der Caritas Wien bewies man größte Flexibilität: Nachdem aufgrund eines Corona-Falls die Küche im Pflegeheim Schönbrunn geschlos-



ÖBB / Michael Fritscher

Bundesministerin Leonore Gewessler, ÖBB-Vorstandsvorsitzender Andreas Matthä und arbeit plus Geschäftsführerin Schifteh Hashemi präsentierten am Hauptbahnhof die neue Vermarktungsschiene der #maskforce (v.l.)

sen werden musste, sprang kurzerhand das Magdas ein und belieferte die BewohnerInnen mit köstlichen Mahlzeiten.

#MASKFORCE UND LOCAL HEROES

Auf die Regelung, dass man in Geschäften, öffentlichen Verkehrsmitteln etc. einen Mund-Nasen-Schutz tragen muss, reagierten Beschäftigungsbetriebe mit Textilabteilungen durch rasche Umstellung auf Maskenproduktion. Etwa 30 Soziale Unternehmen aus ganz Österreich produzieren als Teil der arbeit plus #maskforce waschbare, nachhaltige Masken. Auch etliche Wiener Betriebe sind dabei: gabarage upcycling design näht aus kochbarer Bettwäsche wienerische Unikate mit Aufdrucken von „Ansapanier“ bis „Gfrastsackl“. In der Schneiderei der Kümmererei wurden 150 Mund-Nasen-Bedeckungen pro Tag in unterschiedlichen Ausführungen und Mustern für Erwachsene und Kinder produziert. Kürzlich

gelang #maskforce eine tolle Kooperation mit den ÖBB: Die Getränke- und Snackautomaten der Firma Selecta am Wiener Hauptbahnhof wurden mit MNS-Masken bestückt, sodass man die in öffentlichen Verkehrsmitteln vorgeschriebenen Masken gleich vor Ort „ziehen“ kann. Auch in der Schneiderei der Volkshilfe Wien standen die Nähmaschinen nicht still: als regionaler Produktionspartner der Initiative „Local Heroes“ von BIPA sorgt der Betrieb dafür, dass nachhaltiger Mund-Nasen-Schutz in attrak-

tiven Designs verfügbar bleibt. Ob im Homeoffice, in Kurzarbeit oder voll in „Action“, die Mitgliedsbetriebe von arbeit plus Wien bemühten sich mit viel Engagement und Einfallsreichtum, ihren arbeitsmarktpolitischen Auftrag zu erfüllen und ihre KlientInnen bestmöglich zu unterstützen. Eines steht schon jetzt fest: Die Herausforderungen haben erst begonnen, denn nun heißt es, auf die hohen Arbeitslosenzahlen zu reagieren und gemeinsam mit dem AMS Wien Wege zu finden, um möglichst viele Menschen wieder rasch in Arbeit zu bringen.



Volkshilfe Wien

Schneiderei der Volkshilfe Wien

40 Jahre ambulante Suchthilfe

Anlässlich des Geburtstags des Dialog, **AKTIV-LeserInnen** bestens bekannt durch den Bereich Sucht und Beschäftigung mit dem **Projekt Standfest**, blicken wir gemeinsam mit **Wolfgang Kramer**, stellvertretender Geschäftsführer, zurück auf vier Jahrzehnte Hilfe und Unterstützung für Drogenkranke in Wien.

Gegründet wurde der Dialog von sieben Wiener Bürgern mit dem Ziel, Hilfe für Drogenkranke und deren Angehörige anzubieten. „Damals war die Zahl der Angebote noch sehr ‚mager‘ – und die Finanzierung auch“, so Wolfgang Kramer.

Viel persönliches Engagement, Ehrenamtlichkeit und Eigeninitiative ließen den Dialog dennoch wachsen: inhaltlich, als einer der Initiatoren der Substitutionsbehandlung in Österreich (1987 Novellierung des Suchtmittelgesetzes), aber auch bezüglich der Angebote für Betroffene, Angehörige oder fachlich Interessierte. Für eine gute Erreichbarkeit der Unterstützungsangebote sorgten über Wien verteilte regionale Ambulatorien mit fachlichen Schwerpunktsetzungen. Hier werden heute sozialarbeiterische, psychologische und medizinische Leistungen angeboten. „Der Dialog ist mittlerweile die Einrichtung in Österreich, die im ambulanten Setting die meisten KlientInnen unterstützen kann“, freut sich Wolfgang Kramer. „Im Jahr 2019 waren es 6.500 Personen.“

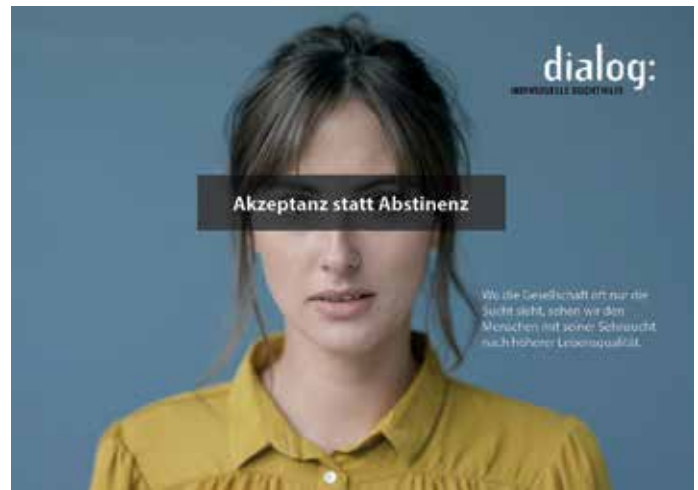
Ebenfalls einen „runden Geburtstag“ feiert dieses Jahr das Dialog-Angebot für InsassInnen der Polizeianhaltezentren (PAZ) in Wien: Seit 20 Jahren betreuen MitarbeiterInnen des Verein Dialog suchtkranke Personen, die in den PAZ ihre Ver-

waltungsstrafe absitzen. „Auch der Bereich der Prävention im schulischen Kontext sowie die Zusammenarbeit mit Unternehmen oder die Schulung von Fachpersonal gehören mittlerweile zu unseren Aufgabenbereichen und liegen uns sehr am Herzen“, so Kramer.

Mit den Angeboten in der Präventionsarbeit wurden 2019 knapp 7.900 Personen erreicht. Somit zählt Dialog zu den größten Anbietern im Bereich Suchtprävention und Früherkennung. Durch diese Expertise ist es möglich, aktuelle Trends und Themen festzumachen. Wolfgang Kramer: „Besonders während der persönlichen Einschränkungen durch Corona waren die Erleichterungen und Möglichkeiten durch digitale Medien spürbar. Uns beschäftigen aber vor allem auch die Schattenseiten und Gefahren im Umgang mit der Digitalisierung, die zu einem manifesten Problem für einzelne werden können.“

ANGEBOT FÜR ALKOHOLKRANKE

Ein Meilenstein – neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Angebote – war der Schritt vom Schwerpunkt der Behandlung von Personen mit einem illegalen Substanzproblem zu neuen Angeboten für Personen mit einer reinen Alkoholabhängigkeit. „Der Einstieg in die Angebote des



Programms ‚Alkohol. Leben können‘ ab 2016 erweiterte unsere Leistungen um diese Zielgruppe“, berichtet Kramer. So kann der Verein einen relevanten Beitrag für die Lebensqualität seiner KlientInnen leisten sowie negative Folgen für die Gesellschaft reduzieren. Die Erfolgsgeschichte der opiat-substitutionsgestützten medizinischen Behandlungsangebote, verbunden mit einer umfassenden psychosozialen Betreuung, führte in den letzten Jahrzehnten zu einer signifikanten Verbesserung der Lebenserwartung und einer gesteigerten gesellschaftlichen Einbindung dieser von Marginalisierung betroffenen Personengruppe. „Auch bei

der Umsetzung der neuen Programme für Personen mit einer Alkoholerkrankung wird uns der akzeptanzorientierte Ansatz unterstützen, die betroffenen Menschen besser zu erreichen, anzubinden und zu stabilisieren“, ist Wolfgang Kramer überzeugt.

Für Dialog ist der 40. Geburtstag Anlass inne zu halten, sich anzusehen, was sich in den letzten Jahren entwickelt hat, was hilft bzw. nützt und wo es hingehen kann. Für den 5. November ist eine große Fachtagung unter dem Motto „Wirkung-Sucht-Vielfalt“ geplant, zu der Wolfgang Kramer und das Dialog-Team herzlich einladen (Anmeldemöglichkeit im Herbst).



z.v.g. W. Kramer

„Mit dem akzeptanzorientierten Ansatz erreichen wir die betroffenen Menschen besser“

WOLFGANG KRAMER, stellvertretender Geschäftsführer des Verein Dialog

INFOS

Mehr über den Verein Dialog, die Themen der Fachtagung und Geschichten von KlientInnen in der Festschrift finden Interessierte zum Download unter: www.dialog-on.at/40-Jahre-Verein-Dialog

Wiener Corona-Ausbildungspaket

Die Stadt Wien investiert 17 Millionen Euro in die Ausbildung junger Wienerinnen und Wiener, die von der Corona-Krise besonders stark betroffen sind.

Bei den 20- bis 24-Jährigen hat sich mit einem Plus von 8.550 Personen die Arbeitslosigkeit mehr als verdoppelt. Insgesamt sind 16.154 junge Wienerinnen und Wiener in dieser Altersgruppe ohne Job. Bei den dem AMS gemeldeten Lehrstellen zeichnet sich ein Rückgang von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Die Stadt Wien hat daher das Wiener Ausbildungspaket ins Leben gerufen, das der waff umsetzt. Es umfasst:

- **10 Millionen Euro für die überbetriebliche Lehrausbildung**

In den nächsten Wochen wird der waff gemeinsam mit dem AMS Wien bereits Unterstützungsmaßnahmen zur bestmöglichen Vorbereitung der Jugendlichen auf die Lehre starten. Eine bessere Ausstattung der technischen Lerninfrastruktur, etwa durch den Ankauf von Tablets, soll damit ebenso finanziert werden wie zusätzlicher Förderunterricht oder Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung.

- **7 Millionen Euro für die Qualifizierung junger arbeitsloser Wienerinnen und Wiener**

Von Mitte Juni bis Ende September 2020 werden waff und AMS Wien gemeinsam in einem ersten Schritt rund 3.000 arbeitslos gemeldete Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren kontaktieren, um sie mit dem Qualifikationspass Wien Schritt für Schritt zu einem Lehrabschluss oder einer gleichwertigen Ausbildung zu begleiten.

- **Qualifizierung für Zukunftsberufe** in den Branchen Gesundheit, Pflege und Informatik sowie neu entstehende Berufe, etwa zur Bekämpfung des Klimawandels. Trotz der aktuellen Krise am Arbeitsmarkt gibt es Branchen, die zusätzliche Arbeitskräfte brauchen. Der waff und das AMS Wien werden mit Branchen und Unternehmen kooperieren, die spezielle Fachkräfte suchen und damit gleichzeitig jungen Arbeitslosen die Chance auf einen beruflichen Neustart mit Zukunft bieten.

Langzeitarbeitslosigkeit, ein Beschäftigungspaket für ältere Arbeitslose und zusätzliche Maßnahmen für junge Arbeit- und Lehrstellensuchende inklusive eines Finanzierungspakets für die überbetriebliche Lehrausbildung“, so Ludwig. „Mit dem Wiener Ausbildungspaket zeigen wir, in welche Richtung es gehen muss. Wir investieren nun 17 Millionen Euro für die Qualifizierung junger Wienerinnen und Wiener. 10 Millionen Euro für die Lehrausbildung und 7 Millionen Euro für individuelle Qualifizierungs- und Ausbildungs-

maßnahmen. Denn für mich ist es entscheidend, dass kein Jugendlicher Zeit verliert und eine vollwertige und qualitätsvolle Ausbildung gewährleistet ist“, erklärt er.

Vizebürgermeisterin Birgit Hebein betont: „Junge Menschen sind heute mit den Folgen von Krisen konfrontiert: ein zerrütteter Arbeitsmarkt nach Corona und die Klimakrise, deren Folgen uns noch viele Jahre begleiten werden. Deshalb müssen wir rasch handeln, dabei niemanden übersehen und in nachhaltige Arbeitsplätze investieren.“

Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke unterstreicht: „Wir dürfen nicht zulassen, dass eine verlorene Generation ohne Perspektive entsteht. Junge Menschen brauchen echte Chancen, dafür sorgen wir mit diesem Paket. Auch die Wirtschaft wird für eine nachhaltige Erholung gut qualifizierte Fachkräfte brauchen.“

„Wir investieren in die Lehrausbildung und in die Qualifizierung junger Wienerinnen und Wiener. Eine wichtige Zukunftsinvestition für Wien.“

BÜRGERMEISTER MICHAEL LUDWIG

Bürgermeister Ludwig erklärt dazu: „Jugendliche brauchen eine fundierte Berufsausbildung. Wir wollen den jungen Menschen Perspektiven geben, denn die Jugend ist unsere Zukunft. Wir lassen niemanden im Stich!“ Der Wiener Bürgermeister verlangt aber auch von der Bundesregierung, endlich ein umfassendes Arbeitsmarktpaket auf den Tisch zu legen. „Konkret fordern wir eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, eine Qualifizierungsoffensive mit einer deutlich verbesserten sozialen Absicherung für Aus- und Weiterbildungszeiten, Maßnahmen zur Bekämpfung von

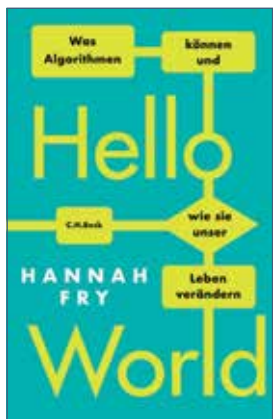


waff-Geschäftsführer Meißl mit Bürgermeister Ludwig und Vizebürgermeisterin Hebein sowie Wirtschaftsstadtrat Hanke bei der Präsentation des Wiener Corona-Ausbildungspakets

HANNAH FRY

Hello World – Was Algorithmen können und wie sie unser Leben verändern

dtv Verlag, 2020, 272 Seiten



Hannah Fry ist Dozentin für Mathematik am University College London und veröffentlicht mit „Hello World“ ihr drittes Buch. Fry erläutert den alltäglichen Einsatz von Algorithmen in Suchmaschinen, in den Bereichen Justiz, Medizin, Kriminalität, Automobilentwicklung, Kunst und Soziales. Ein Beispiel: Im Jahr 2012 wurde in Idaho ein Teil der Sozialhilfe von einem Algorithmus berechnet, weshalb einige Menschen mit Behinderung deutlich weniger, andere aber

mehr Geld bekamen. Als nach richterlichem Beschluss die Offenlegung des Programmcodes angeordnet wurde, zeigte sich: die ExcelTabelle (!) beruhte auf menschlichen Erfahrungswerten, durchsetzt mit elementaren statistischen Fehlern. „Nur weil der Computer etwas sagt, muss es noch lange nicht richtig sein“, betont Fry.

Worauf Fry in jedem ihrer angeführten Exempel hinweist, ist: User neigen dazu, Algorithmen als eine Art Autorität zu betrachten. Ihre relevante Aussage dazu: Ja, gut gebaute Algorithmen können gute, objektive Filterungen vornehmen und unterstützen; gefährlich wird es, wenn Menschen sich einzig auf die Aussagekraft der Daten verlassen und diese nicht mehr intuitiv überprüfen. Der englische Untertitel „How to be Human in the Age of the Machine“ liefert einen guten Blick auf den Ansatz von Fry. Ihre Botschaft lautet: „die Maschinen nicht mehr als die objektiven Herren betrachten, indem wir sie wie jede andere Machtquelle behandeln. Indem wir ihre Entscheidungen hinterfragen, ihre Motive untersuchen, unsere Emotionen anerkennen; (...) und darauf achten, dass wir nicht nachlässig werden. Ich halte dies für den Schlüssel zu einer Zukunft, in der Algorithmen unter dem Strich eine positive Wirkung für die Gesellschaft haben. Und diese Aufgabe fällt völlig zu Recht uns zu. Denn eines ist sicher: Noch nie waren Menschen so wichtig wie im Zeitalter der Algorithmen.“

LAURA SPINNEY

1918. Die Welt im Fieber. Wie die Spanische Grippe die Gesellschaft veränderte

Carl Hanser Verlag München 2018, 384 Seiten



Die Autorin sieht die Spanische Grippe als das „größte Massaker des zwanzigsten Jahrhunderts“, das aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht wurde. Die Zahlen geben ihr recht: zwischen März 1918 und März 1920 wurde jeder dritte Mensch infiziert, insgesamt 500 Millionen Menschen weltweit. 50 bis 100 Millionen Menschen und damit 2,5 bis 5 Prozent der gesamten Menschheit verstarben an dieser Seuche.

Laura Spinney spannt den Bogen in den acht Teilen des Buches weit – von den ersten Epidemien, über die es historische Aufzeichnungen gibt, bis zu einem Ausblick in die Zukunft im abschließenden Teil. Dazwischen erzählt sie, wie sich die Spanische Grippe in den verschiedenen Weltgegenden entwickelte, wie mit der Seuche umgegangen wurde und welche gesellschaftlichen Veränderungen durch die Pandemie eintraten. Darunter sind viele Regionen, für „die 1918 das Jahr der Influenza war, nicht das Jahr des Kriegsendes“.

Die Fülle an historischen Details zu den drei globalen Pandemie-Wellen macht das Buch spannend. Darunter sind zahlreiche Erläuterungen, warum der Umgang mit den damals noch unentdeckten Viren so schwierig war und welche Formen an obskurem Aberglauben kursierten. Gleichwohl war man dem Grippevirus und damit den Viren insgesamt mit der „Keim-Theorie“ auf der Spur. Selbstredend wird auch erklärt, wie die Spanische Grippe zu ihrem Namen kam, während sie in Spanien „Soldado de Nápoles“ – Neapolitanischer Soldat – genannt wurde. In Teilen des Buches lassen sich Parallelen zur Covid-19-Pandemie erkennen, so ähnlich wirken die Berichte, zum Beispiel, wenn Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus geschildert werden und die Diskussionen um ihre Wirksamkeit.

THOMAS PIKETTY

Kapital und Ideologie

C.H. Beck 2020, 1312 Seiten



Diese Buchempfehlung hätten viele wohl schon vor dem Corona-Lockdown brauchen können, denn um sich den vollen 1.312 Seiten von Pikettys neuem Buch angemessen zu widmen, braucht man vor allem eines: Zeit. Wer davon jedoch ausreichend zur Verfügung hat, den nimmt Thomas Piketty mit auf eine Reise durch das letzte Jahrtausend und die Wirtschaftssysteme, die es hervorgebracht hat – immer im Fokus: Die Ungleichheit von Einkommen und Ver-

mögen, die diesen Systemen innewohnt. Denn, wie Piketty betont, „die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit“ – sie ist kein Naturgesetz, sondern von denen, die davon profitieren, verursacht und verstärkt. Jede Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten begründen und produziert dafür viele Diskurse und Ideologien, um sie zu legitimieren und einzuzementieren. Motor des Fortschritts ist für Piketty dementsprechend nicht das Streben nach Eigentum (und damit verbunden nach Stabilität und möglichst wenig Veränderung), sondern das Ringen um Gleichheit und Bildung innerhalb einer Gesellschaft.

Im Gegensatz zu „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ bemüht sich der Autor diesmal um einen Blick, der über die westlichen Länder hinausgeht, und nimmt beispielsweise auch Russland, Indien und China stärker in den Fokus. Hier stützt er sich besonders auf Ergebnisse der World Inequality Database, deren Co-Director er ist. Und auch wenn das Buch entsprechend datenlastig ist, bemüht er sich doch um allgemeine Verständlichkeit – nicht zuletzt durch eine sehr gute Einführung, die den LeserInnen die nötigen Grundkenntnisse vermittelt bzw. auffrischt, um ohne Nachschlagen durch das Buch zu kommen.

Doch Piketty analysiert nicht nur ausführlich, er schließt das Buch auch gleich mit seinen Vorschlägen für einen „partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert“. Je nach politischer Sozialisation werden seine Ideen Entsetzen, Begeisterungstürme



UN Photo, Shehzad Noorani

„Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit – sie ist kein Naturgesetz, sondern von denen, die davon profitieren, verursacht und verstärkt“

Die entscheidende politische Herausforderung unserer Zeit ist für Piketty übrigens die „identitäre Falle“: Die (westlichen) Linksparteien haben ihre ursprüngliche Wählerschaft (Arbeiter mit geringer Bildung) fast zur Gänze verloren und werden stattdessen zu Akademikerparteien. Die nun politisch heimatlos gewordenen Stammwähler gehen zwischen einer „Kulturlinken“ und einer „Wirtschaftsrechten“ verloren und landen bei nationalistischen Identitätskonzepten, die den „Abgehängten“ scheinbar einfache Antworten bieten. Da gibt es auch in Österreich einige, denen man nur wärmstens empfehlen kann, sich die Zeit für 1.300 Seiten Piketty zu nehmen.

oder eine Abstufung dazwischen hervorrufen: von der stark ausgeweiteten Mitbestimmung für ArbeiterInnen in ihren jeweiligen Betrieben bei gleichzeitiger Einschränkung der maximalen Stimmanteile für jeden einzelnen Aktionär über eine stark progressive Besteuerung von Eigentum hin zur Einführung einer einmaligen und für alle gleich hohen Auszahlung dieses besteuerten allgemeinen Eigentums.

Optimale Betreuung mit maximaler Sicherheit

Die Gesundheit unserer KundInnen und MitarbeiterInnen zu schützen, ist in jeder Phase der Coronakrise unser wichtigstes Ziel. Seit 15. Mai 2020 ist einiges neu.

Die Zeit des Shutdowns aufgrund der Coronakrise war für das AMS Wien eine historische Herausforderung. Es wurden in Rekordzeit rund 25.000 Begehren für Kurzarbeit bearbeitet und über 80.000 Anträge auf Arbeitslosengeld erledigt. Wir nutzten alle verfügbaren Kommunikationskanäle, um unsere KundInnen und Kunden darüber zu informieren, dass sie hauptsächlich in elektronischer Form oder über die Serviceline mit dem AMS in Kontakt treten sollen. Viele Anliegen konnten auf diese Weise gut geklärt werden. Eine vielleicht weniger bekannte Tatsache: Vormittags hatten die Geschäftsstellen des AMS Wien auch in der Zeit des Shutdowns immer geöffnet. Speziell geschulte MitarbeiterInnen vor den Eingängen trafen die Entscheidung, wann ein Anliegen vor dem Gebäude geklärt werden konnte und in welchen Fällen es erforderlich war, das Gespräch im Inneren der Geschäftsstelle unter Einhaltung sämtlicher Vorschriften zu Abstand und Hygiene fortzusetzen.

WAS IST NEU SEIT 15. MAI 2020?

Das grundsätzliche Bemühen des AMS, persönliche Termine weitgehend durch elektronische zu ersetzen, bleibt bis auf Weiteres aufreht. Elektronische und telefonische Beratung kann dabei viel leisten: Das geht von Leistungsanfragen bis zum Erstellen der Be-



treuungsvereinbarung. Die Geschäftsstellen bleiben weiterhin nur am Vormittag geöffnet. Den Selbstbedienungsbereichen kommt künftig eine wichtige Rolle zu: Mit Termin eingeladene KundInnen können dort (unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln) ihren Lebenslauf erstellen, Bewerbungen abschicken und vieles mehr. In den Geschäftsstellen gelten der Ein-Meter-Abstand und die Maskenpflicht im öffentlichen Bereich.

Bei persönlichen Vorsprachen wird darauf geachtet, bei nur einem Termin möglichst viel zu erledigen. Durch die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt steigt der Bedarf an beruflicher Orientierung. Die BerufsInfoZentren in Wien bieten Berufs- und Bildungsberatung auch weiterhin verstärkt per Telefon an. Analog zu den Regelungen in den Infozonen stehen die Selbstbedienungsbereiche hier künftig nach Voranmeldung, zeitlich begrenzt und mit ausrei-

chendem Abstand zur Verfügung. Der WAFF unterstützt bei der Erstellung von Qualifikationspässen.

SCHULUNGEN WIEDER MÖGLICH

Seit 15. Mai 2020 ist ein Betreten der Ausbildungseinrichtungen wieder erlaubt. Der Schulungsbetrieb wird unter Einhaltung der Abstands- und Hygienevorschriften fortgesetzt. Seit diesem Tag gibt es auch wieder Präsenzunterricht in kleineren Gruppen mit einer Anpassung der Raumgrößen, häufig in Kombination mit Selbststudium. Bereits in der Phase des Distance Learnings wurden die TeilnehmerInnen auf elektronischem Weg und via Telefon auf dem Laufenden gehalten und über den Neustart an den Schulungsorten informiert. Vor Ort wurden Plakate zu Hygiene- und Schutzvorschriften angebracht.

Wir ermuntern arbeitssuchende Personen laufend, sich für ein eAMS-Konto zu entscheiden. Auf diese Weise können Betroffene schnell zu ihrem Arbeitslosengeld kommen und uns jederzeit unkompliziert erreichen. So bleiben wir in Kontakt und halten trotzdem Abstand. Wir sind unseren Kundinnen und Kunden außerordentlich dankbar für die Flexibilität im Umgang mit kurzfristig geänderten Gegebenheiten und für das Verständnis, welches sie in diesen herausfordernden Zeiten bewiesen haben.

arbeit plus Innovation Lab: SDGs und ihre Relevanz für Soziale Unternehmen

Was sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und welche Bedeutung haben sie für die Arbeit der Sozialen Unternehmen? Diese Fragen standen im Zentrum des arbeit plus Innovation Labs im April, das aufgrund der Corona-Bestimmungen in den virtuellen Raum verlegt wurde. Lisa Weinberger (Ökobüro) und Sigrid Koloo (Forum Tomorrow) boten in ihren Vorträgen einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der SDGs und über deren Potential in der täglichen Arbeit Sozialer Unternehmen.

17 OBER- UND 169 UNTERZIELE

Die Vereinten Nationen verabschiedeten im Jahr 2015 im Rahmen der Agenda 2030 die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Diese bestehen aus 17 Oberzielen mit insgesamt 169 Unterzielen und beinhalten Richtlinien für alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökologie, Wirtschaft und Soziales. Viele der SDGs finden sich schon seit Langem in der Arbeit und den Zielen der Sozialen Unternehmen wieder: Geschlechtergleichstellung (SDG 5) ist ein Ziel der Arbeit der vielen Frauen*- Beratungs- und Bildungsorganisationen, die Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12)

ist handlungsleitend für die Unternehmen der Kreislaufwirtschaft und Reuse-Betriebe, und nicht zuletzt SDG 8: menschenwürdige Arbeit, die bei allen Sozialen Unternehmen im Mittelpunkt steht. Die SDGs entstanden aus einem mehrjährigen Konsultationsprozess und bieten somit einen weltweit anerkannten Referenzrahmen, an dem sich Aktivitäten von Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen orientieren können. Primäre Adressat*innen sind zwar Staaten und Regierungen, die die Umsetzung der SDGs auf nationaler Ebene regelmäßig evaluieren, aber auch für Organisationen bieten sich Anknüpfungspunkte

und Handlungsmöglichkeiten. Die SDGs können etwa als Leitfaden für interne Qualitätssicherung oder die begleitende Evaluation von Organisationszielen dienen, wie

es etwa in der Gemeinwohlbilanz der Fall ist, sie können die Basis für Wirkungsanalysen darstellen und bieten auch eine Möglichkeit zur Positionierung in der Öffentlichkeit und gegenüber Fördergeber*innen.

FOLGEWORKSHOP GEPLANT

Die Teilnehmer*innen des Innovation Labs diskutierten angeregt darüber, wie diese Anknüpfungsmöglichkeiten in der Praxis aussehen können. Denn gerade weil die SDGs ein weltweit anerkannter Rahmen sind, sind sie oft schwer greif- und messbar und müssen deswegen auf regionale Kontexte umgelegt werden. Besonders in den aktuellen Krisenzeiten stellt nachhaltige Entwicklung eine zentrale politische und gesellschaftliche Prämisse dar. Die Umsetzung erfordert in Österreich aber möglicherweise andere Schwerpunkte als in

Ländern des Globalen Südens. Diese notwendige Übersetzungsarbeit will arbeit plus, sobald möglich, bei einem analogen Folgeworkshop vertiefen. Die Umsetzung eines arbeit plus Innovation Labs zu den SDGs und deren Bedeutung für die Sozialen Unternehmen war bereits seit Längerem ein wichtiges Anliegen – durch die aktuelle Situation wird verdeutlicht, wie wichtig die Erreichung der SDGs ist. In der Corona-Krise können die SDGs ein Kompass sein, nach welchen Kriterien die notwendige Transformation und #AufbauArbeit von staten gehen können. Denn – angesichts der Krise, aber auch schon zuvor und in Zukunft – geht es um einen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wertewandel. Die Sozialen Unternehmen können und werden hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

ZUR PERSON:

Die Autorin des Artikels, Clara Moder, ist Grundlagenarbeiterin von arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich und koordiniert die arbeit plus Innovation Labs, die sich als offene Denk- und Experimentierräume rund um das Thema Arbeit verstehen. www.arbeitplus.at/innovation-lab



arbeit plus Wien blickt nach vorn statt zurück.

Das steht auf dem Programm:



Caritas Wien

STEINHEILGASSE

Eröffnung Carla Nord

Die neurenovierten Hallen der Carla Nord laden wieder zum günstigen Shoppen ein. Wunderschöne alte Möbel, Geschirr, Spielsachen, Bücher etc. sowie Vintage-Mode erhalten hier ebenso eine zweite Chance wie Menschen, die es auf dem Weg (zurück) in den Arbeitsmarkt besonders schwer haben.

7.7.2020, Carla Nord, Steinheilgasse 3, 1210 Wien

PRO MENTE AKADEMIE

Bildung für psychische Gesundheit – Lehrgangstarts

Im September starten wieder einige Lehrgänge an der Pro Mente Akademie, etwa ein Intensivkurs DBT-Skillstraining, ein Sozialpsychiatrischer Grundkurs, ein Lehrgang zu Ressourcenorientierter Beratung oder ein Lehrgang zur Mediation in Beruf und Alltag.

Nähere Infos und Anmeldung unter www.promenteakademie/bildungsprogramm

pro mente Akademie, Grüngasse 1A, 1040 Wien



pro mente

HEGELGASSE

Dialog Frühlingsakademie

Da die Dialog Frühlingsakademie aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht wie geplant im April stattfinden konnte, wurde die Veranstaltung in den Herbst verschoben. Zwischen Oktober und Dezember gibt's spannende Workshops und Vorträge zum Thema Sucht und Suchtprävention – von „Alter Sack und Digi-Junkie“ über „Alles was Recht ist“ bis zu „Psychedelics“. Details zum Programm und Infos zur Anmeldung unter <https://www.dialog-on.at/aktuelles/bei-uns-ist-immer-fruehling>



Verein dialog

Verschiedene Termine, Oktober bis Dezember 2020, Verein Dialog, Suchtprävention und Früherkennung, Hegelgasse 8/13, 1010 Wien

DATENSCHUTZ

Warum erhalten Sie diese Zeitung?

arbeit plus Wien versendet zweimal jährlich die Vereinszeitung „Arbeitsmarktpolitik Aktiv“ an alle Mitglieder des Vereins sowie an interessierte Personen/Organisationen, die sich in die EmpfängerInnenliste eingetragen haben oder schriftlich um Zusendung gebeten haben. Sollten Sie „Arbeitsmarktpolitik Aktiv“ nicht mehr erhalten wollen, können Sie Ihre Zustimmung jederzeit via E-Mail an office@arbeitplus-wien.at widerrufen.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: arbeit plus Wien, Taborstraße 24/18 A-1020 Wien
T 01/720-38-80, F DW 20 office@arbeitplus-wien.at
www.arbeitplus-wien.at
ZVR 220045008

Redaktion:
Christoph Parak, Magdalena Reinberg-Leibel, Eva Schober, Elke Zingler

Grafisches Konzept:
Anita Frühwirth/Gerald Waibel, www.elfundwe.at

Druck:
Ferdinand Berger & Söhne GmbH

Versand: fix und fertig.

Die Mitgliedsorganisationen von arbeit plus Wien werden von folgenden Einrichtungen gefördert:



Sozialministeriumservice

